

Sperrfrist 20.10.2023

Auswertung MDRfragt: Migration in Deutschland – wie weiter?

Befragungszeitraum: 14.10. – 17.10.2023

29.945 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Flüchtlingspolitik allgemein:

- ⇒ Enorme Unzufriedenheit mit Berliner Flüchtlingspolitik
- ⇒ 9 von 10 fordern anderes Handeln, um Zuwanderung einzudämmen...
- ⇒ ... und genauso viele finden: unsere Aufnahmeregeln sind zu locker
- ⇒ Knapp drei Viertel für Söders „Integrationsgrenze“
- ⇒ Teilnehmer fordern Entlastung der Länder durch den Bund
- ⇒ Wunsch von fast allen: Mehr Schutz der EU-Außengrenze
- ⇒ Drei Viertel: Keine Steuergelder für NGOs, die Flüchtlinge retten

Konkrete Maßnahmen:

- ⇒ Am häufigsten gefordert: Mehr Abschiebungen, weniger Sozialleistungen
- ⇒ Großer Zuspruch für Bezahlkarten
- ⇒ 4 von 5 begrüßen geplante Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten...
- ⇒ ... und wollen auch eine Aufnahme der Maghreb-Länder
- ⇒ 4 von 5 begrüßen stationäre Grenzkontrollen

Themenaspekt Migration & Arbeit:

- ⇒ 4 von 5 für schnellere Integration von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt
- ⇒ Drei Viertel für Lockerung o. Wegfall von Arbeitsverboten...
- ⇒ ... und 88 Prozent fordern eine Arbeitspflicht für Asylsuchende
- ⇒ Drei Viertel für geplante Erweiterung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes
- ⇒ Migration nötig im Kampf gegen Fachkräftemangel? Teilnehmer gespalten

Themenaspekt Abschiebungen:

- ⇒ 9 von 10 fordern Verschärfung der Abschieberegelungen
- ⇒ 70 Prozent begrüßen Verlängerung des Ausreisegewahrsams
- ⇒ hoher Zuspruch: Abschiebungen künftig nicht mehr angekündigt

Blick in die Altersgruppen:

- ⇒ Jüngere sprechen sich deutlich weniger für scharfe Regelungen aus

Die Ergebnisse im Detail:

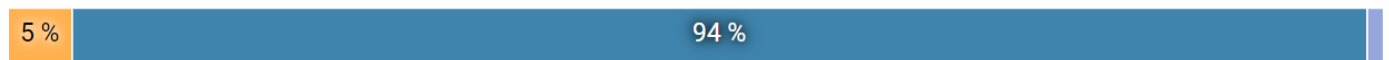
Enorme Unzufriedenheit mit Berliner Flüchtlingspolitik

Die Asyl- und Flüchtlingspolitik war beherrschendes Thema der zurückliegenden Landtagswahlen. Wie groß die Unzufriedenheit mit dem Handeln – insbesondere in Berlin – ist, spiegelt sich auch in den Antworten der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer wieder. 94 Prozent haben angegeben, dass sie mit der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unzufrieden oder eher unzufrieden sind. Nur 5 Prozent sind (eher) zufrieden. Für die Länder fällt das Ergebnis nur geringfügig besser aus (90 Prozent Unzufriedenheit), mit der Arbeit der Kommunen beim Thema Asyl zeigen sich rund drei Viertel (76 %) unzufrieden oder eher unzufrieden.

Frage: Ganz allgemein: Wie zufrieden sind Sie mit der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik?

● (eher) zufrieden ● (eher) unzufrieden ● weiß nicht / keine Angabe

auf Bundesebene



in meinem Bundesland



in meiner Kommune



9 von 10 fordern andere Flüchtlingspolitik – um Zuwanderung einzudämmen...

Weniger Zuwanderung: Das ist der Wunsch von 91 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmern – und dafür braucht es in ihren Augen auch eine andere Flüchtlingspolitik. 7 Prozent teilen diese Ansicht nicht.

Frage: *Alles in allem: Brauchen wir in Ihren Augen in Deutschland eine andere Flüchtlings- und Asylpolitik, damit weniger Menschen zu uns kommen?*

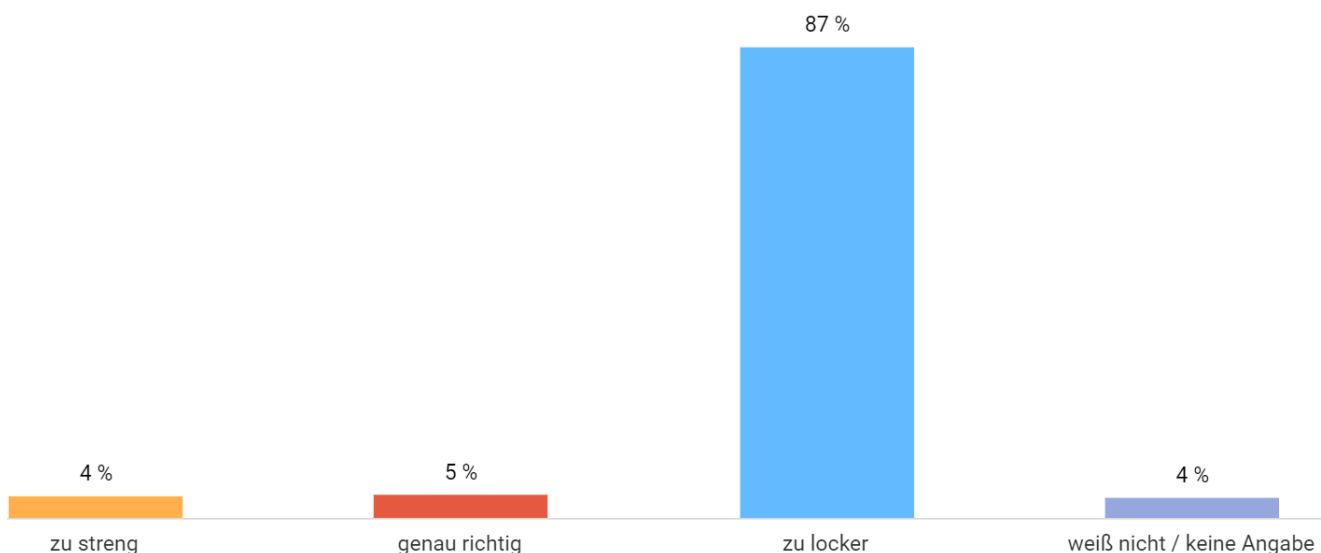


3

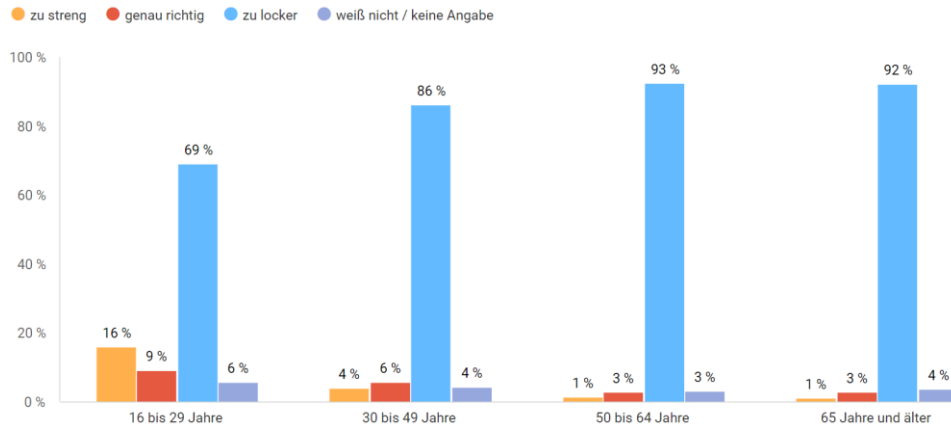
... und genauso viele finden: unsere Aufnahmeeregeln sind zu locker

In den Augen der meisten MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer sind die Regeln, nach denen Asylbewerber in Deutschland aufgenommen werden, zu locker gestaltet: 87 Prozent haben so geantwortet, nur 5 Prozent halten die derzeitigen Regelungen für genau richtig, weitere 4 Prozent halten sie für zu streng.

Frage: *Wie finden Sie die derzeitigen Aufnahmeeregeln in Deutschland?*



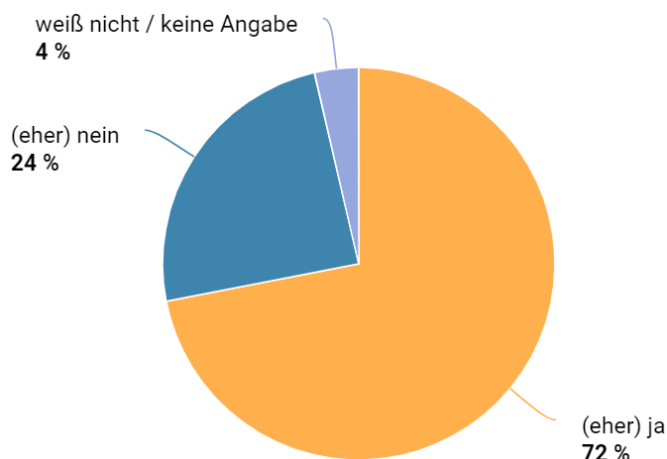
Der Blick in die Altersgruppen verrät dabei: Je älter die Teilnehmer, umso stärker sind sie der Ansicht, dass unsere Aufnahme Regelungen zu locker sind. Bei den unter 30-Jährigen gibt es einen deutlich größeren Anteil an Teilnehmern, die der Ansicht sind, dass unsere Aufnahme Regelungen ganz im Gegenteil zu streng sind. Eine Mehrheitsmeinung ist das jedoch auch bei den Jüngeren nicht.



Knapp drei Viertel für Söders „Integrationsgrenze“

Es gibt in Deutschland ein Grundrecht auf Asyl – auch die Genfer Flüchtlingskonvention und das EU-Recht sagen klar und deutlich: Menschen mit Anspruch auf Asyl dürfen nicht abgewiesen werden. Dennoch kommen immer wieder Obergrenzen zur Sprache – jüngst forderte Bayerns Ministerpräsident Söder eine sogenannte Integrationsgrenze: Deutschlands Kommunen seien in der Lage, jährlich maximal 200.000 Asylbewerber zu integrieren. Laut Söder müsse an Lösungen gearbeitet werden, damit diese Grenze nicht überschritten werde. Kritiker sagen, solch eine Obergrenze sei nicht zielführend, da auch der 200.001 Bewerber ein Anrecht auf Asyl habe. Die MDRfragt-Teilnehmer stehen mehrheitlich auf der Seite Söders – 72 Prozent würden eine entsprechende Integrationsgrenze begrüßen – knapp jeder Vierte (24 %) hält sie für nicht sinnvoll.

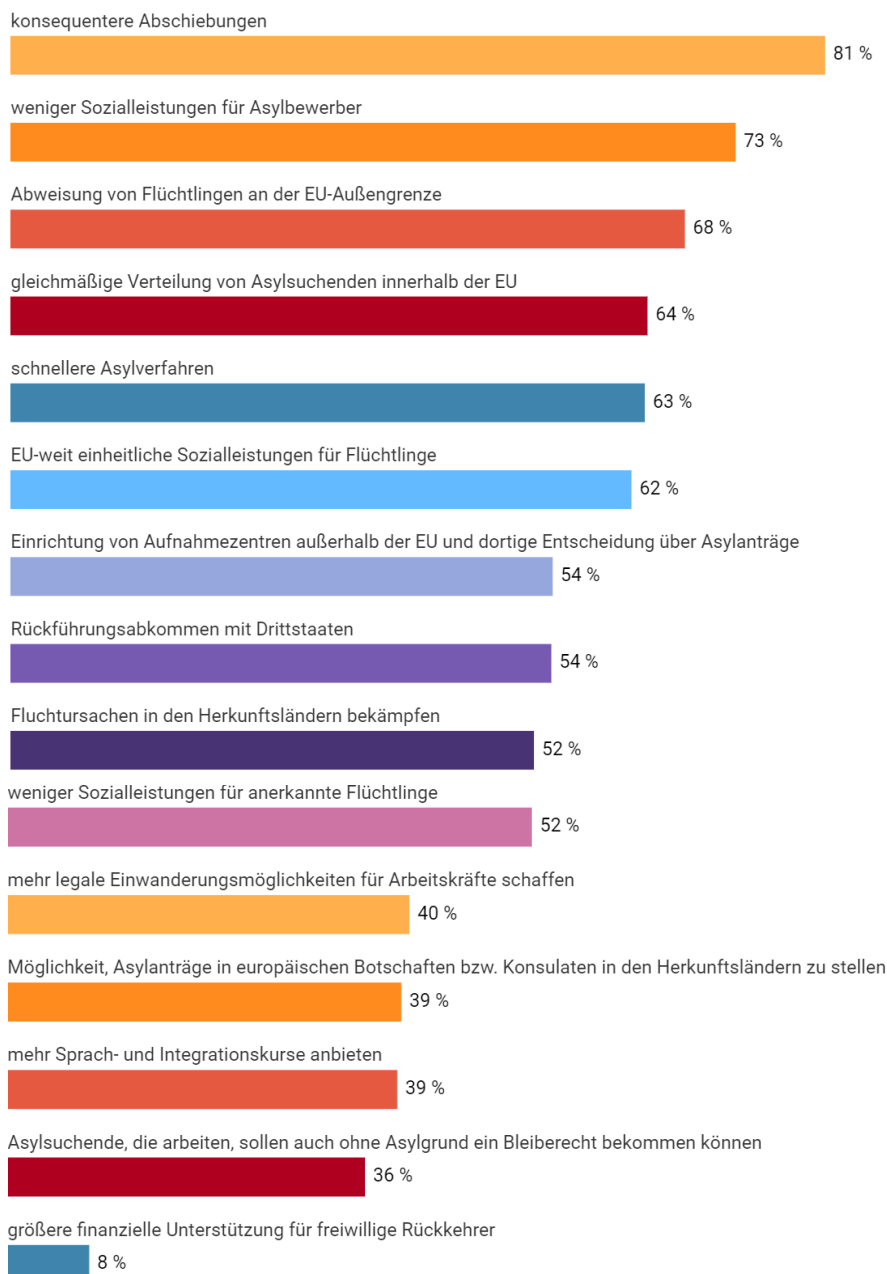
Frage: Bayerns Ministerpräsident Söder forderte jüngst die Einführung einer sogenannten Integrationsgrenze: Deutschland könne jährlich maximal 200.000 Asylsuchende integrieren, ohne die Kommunen zu überfordern. Entsprechend müsse ein politisches Konzept erarbeitet werden, um diese Integrationsgrenze einzuhalten. Kritiker erwidern, dass eine solche Grenze aufgrund der Rechtslage (Grundrecht auf Asyl / Genfer Flüchtlingskonvention / EU-Recht) nicht legal umsetzbar sei. Halten Sie die von Bayerns Ministerpräsident Söder vorgeschlagene Integrationsgrenze für sinnvoll?



Mehr Abschiebungen, weniger Sozialleistungen: wichtigste Maßnahmen in den Augen der Teilnehmer

Danach gefragt, welche Maßnahmen in den Augen der MDRfragt-Teilnehmer in der deutschen Asylpolitik umgesetzt werden sollten, lauten die Top 3: Konsequenterere Abschiebungen (81 %), weniger Sozialleistungen für Asylbewerber (73 %) und Abweisung von Flüchtlingen an der EU-Außengrenze (68 %). Integrierende Maßnahmen wie etwa eine Ausweitung von Sprach- und Integrationskursen (39 %) oder ein Setzen auf freiwillige Rückkehr durch finanzielle Anreize (8 %) werden als weniger wichtig erachtet.

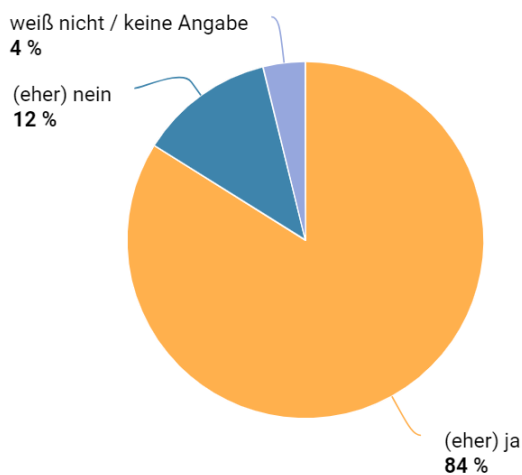
Frage: In der aktuellen Debatte gibt es derzeit viele Vorschläge zur Flüchtlingspolitik. Welche Maßnahmen sollten Ihrer Meinung nach umgesetzt werden? Sie können alles auswählen, was Sie für richtig halten.



4 von 5 für schnellere Integration von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt

Mehr Flüchtlinge in den ersten Arbeitsmarkt bringen: Das ist das erklärte Ziel der Bundesregierung. Die MDRfragt-Teilnehmer stehen beinahe geschlossen hinter diesen Plänen: 84 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Asylsuchende schneller und konsequenter in den Arbeitsmarkt integriert werden. 12 Prozent lehnen das ab.

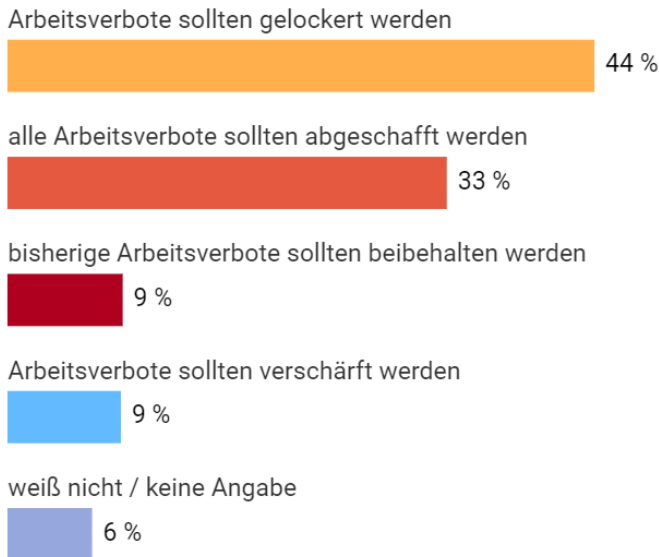
Frage: Und allgemein gefragt: Sollten Ihrer Meinung nach Asylsuchende schneller und konsequenter in den Arbeitsmarkt integriert werden?



6 Drei Viertel für Lockerung oder Wegfall der Arbeitsverbote für Asylbewerber

Erreicht werden soll das Ziel, mehr Flüchtlinge in Arbeit zu bringen, durch den Wegfall etlicher Arbeitsverbote. Bislang dürfen Asylsuchende zum Beispiel in ihren ersten drei Monaten in Deutschland nicht arbeiten. Auch Menschen, die in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften leben müssen, sind vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Dies soll sich ändern – und die MDRfragt-Teilnehmer finden das mehrheitlich gut: Insgesamt sprechen sich knapp drei Viertel für eine Erleichterung zum Zugang zum Arbeitsmarkt aus: 44 Prozent wollen, dass Arbeitsverbote gelockert werden, jeder Dritte ist sogar dafür, dass Arbeitsverbote komplett abgeschafft werden. Ein Beibehalten der aktuellen Verbote wünschen sich 9 Prozent, weitere 9 Prozent sind für eine Verschärfung der Arbeitsverbote.

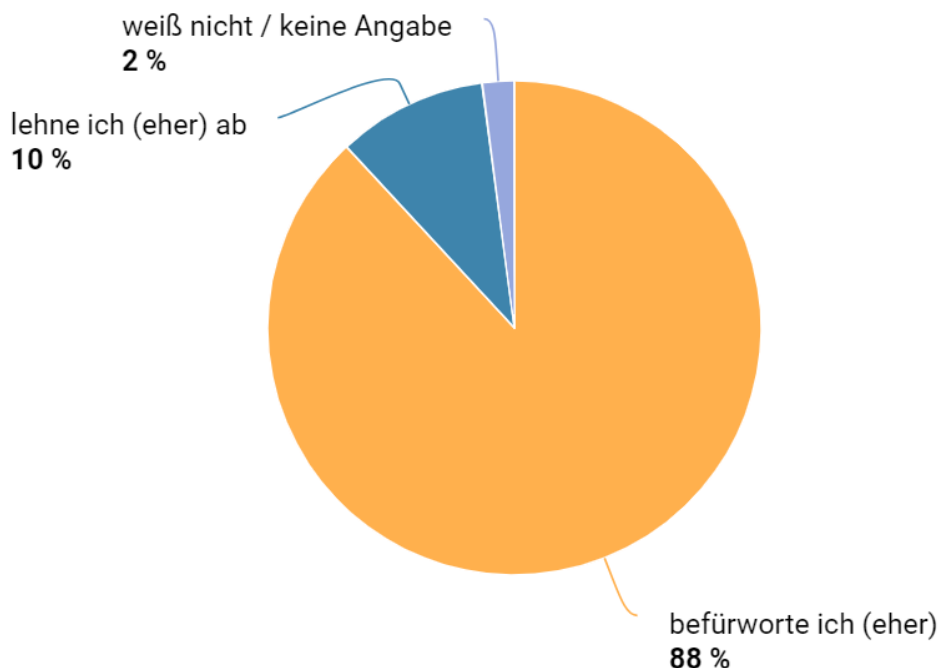
Frage: Bislang darf nicht jeder Asylsuchende in Deutschland arbeiten. Arbeitsverbote gelten zum Beispiel generell während der ersten drei Aufenthaltsmonate in Deutschland für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten für Menschen, die in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften leben. Die Regierung plant nun, mehr Asylsuchende in den Arbeitsmarkt zu bringen. Damit soll unter anderem dem Arbeitskräftemangel entgegen gewirkt werden und die Integration erleichtert werden. Außerdem erhoffen sich Befürworter, die Kommunen könnten von Sozialleistungen entlastet werden. Kritiker befürchten, dass die Arbeitserlaubnis für weitere Asylsuchende ein Anreiz sein könnte, nach Deutschland zu kommen. Wie sehen Sie das: Wie sollte Ihrer Meinung nach mit Arbeitsverboten für Asylsuchende weiter verfahren werden?



88 Prozent für Arbeitspflicht für Asylsuchende

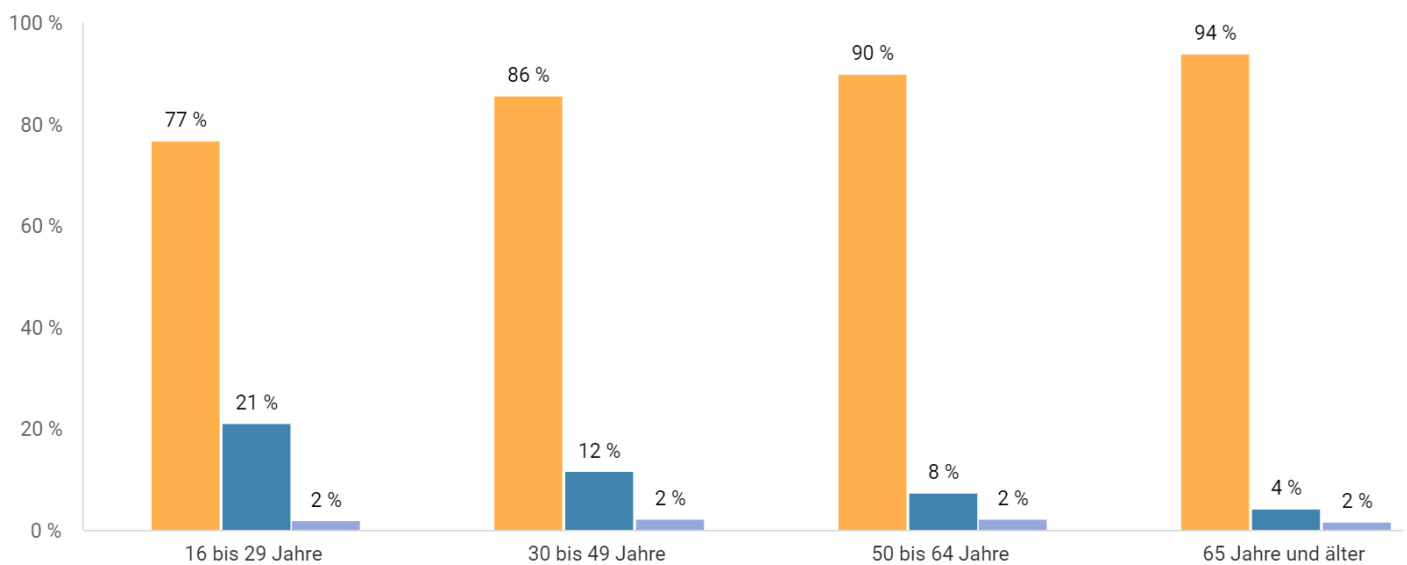
Der Landkreistag und viele Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gehen noch weiter und fordern sogar eine Arbeitspflicht für Asylsuchende – darunter könne auch gemeinnützige Arbeit fallen. 88 Prozent der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer würden eine entsprechende Arbeitspflicht begrüßen, jeder Zehnte lehnt die Idee ab.

Frage: Viele Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten fordern sogar Asylsuchenden eine Arbeit zuweisen zu können - das könne auch gemeinnützige Arbeit sein. Was halten Sie von einer Arbeitspflicht für Asylsuchende?



Auch bei dieser Frage zeigen sich große Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Auch wenn über alle Altersgruppen hinweg eine mehrheitliche Zustimmung zu einer Arbeitspflicht für Asylsuchende erfolgt, so fällt die Zustimmung umso größer aus, je älter die Teilnehmer sind. Während von den unter 30-Jährigen nur rund drei Viertel (77 %) sich für eine Arbeitspflicht aussprechen, sind es bei den über 65-Jährigen 94 Prozent.

● befürworte ich (eher) ● lehne ich (eher) ab ● weiß nicht / keine Angabe

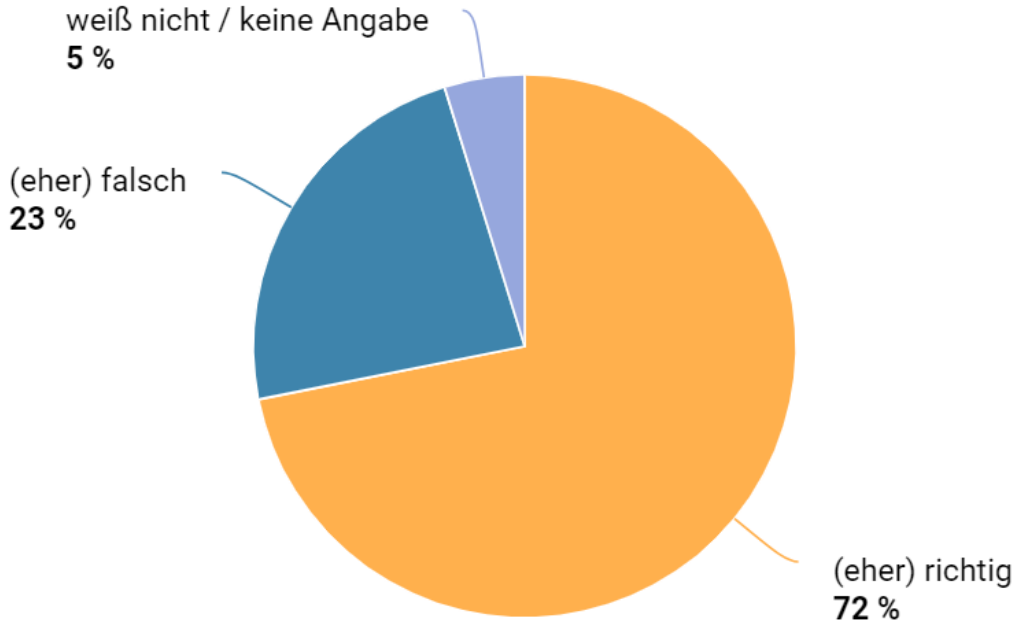


8

Drei Viertel befürworteten Erweiterung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes

Ein wichtiges Anliegen der Politik ist, Arbeitsmigration von Flüchtlingsmigration zu trennen: Damit weniger Menschen, die in Deutschland arbeiten wollen, versuchen über einen Asylantrag einzuwandern, sollen die Möglichkeiten der Fachkräfteeinwanderung ausgeweitet werden. 72 Prozent der MDRfragt-Teilnehmer begrüßen das Vorhaben, die Möglichkeiten der legalen Arbeitsmigration zu erweitern. 23 Prozent halten diesen Weg (eher) für falsch.

Frage: In Deutschland gibt es viele unbesetzte Jobs, es fehlen Fachkräfte, in den kommenden Jahren gehen weiterhin viele Arbeitskräfte aus den geburtenstarken Jahrgängen in den Ruhestand. Die Bundesregierung hat beschlossen, die Möglichkeiten auszuweiten, um legal zum Arbeiten nach Deutschland einzureisen. So soll unter anderem nach einem Punktesystem (der sogenannten Chancenkarte) entschieden werden, ob jemand als Fachkraft einwandern darf. Punkte gibt es für verschiedene Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnisse oder Alter. Was halten Sie davon, dass die Möglichkeiten ausgeweitet werden, bei entsprechender beruflicher Qualifikation zum Arbeiten nach Deutschland einzuwandern?

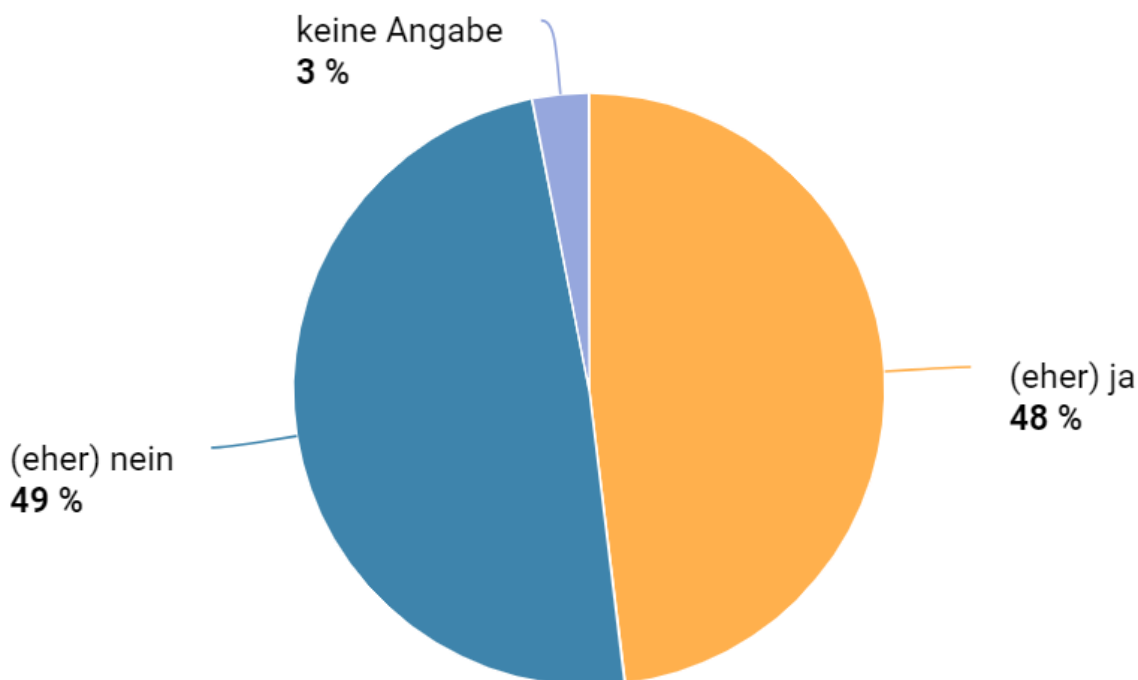


MDRfragt-Teilnehmer gespalten: Migration notwendig, um Fachkräftemangel zu begegnen?

Bei der Frage, ob wir in Deutschland Einwanderung benötigen, um dem Arbeitskräftemangel Herr zu werden, sind die MDRfragt-Teilnehmer geteilter Meinung: Die eine Hälfte (48 %) denkt, dass es ohne Migration nicht geht. Die andere Hälfte (49 %) sieht auch ohne Migration genügend Optionen für die deutsche Wirtschaft.

9

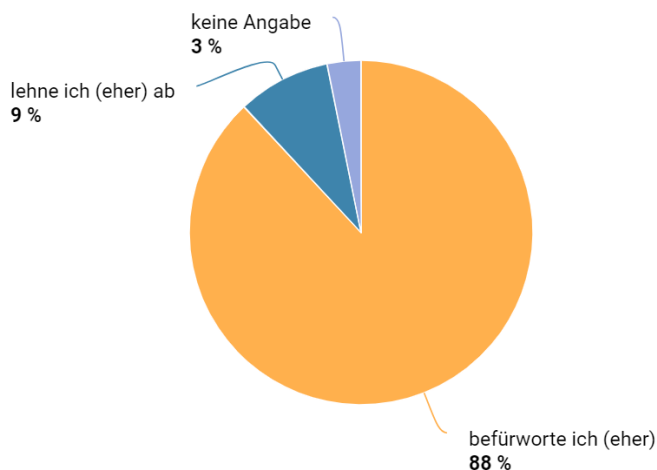
Frage: Und ganz allgemein: Brauchen wir in Ihren Augen in Deutschland Zuwanderung, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen?



Großer Zuspruch für Bezahlkarten

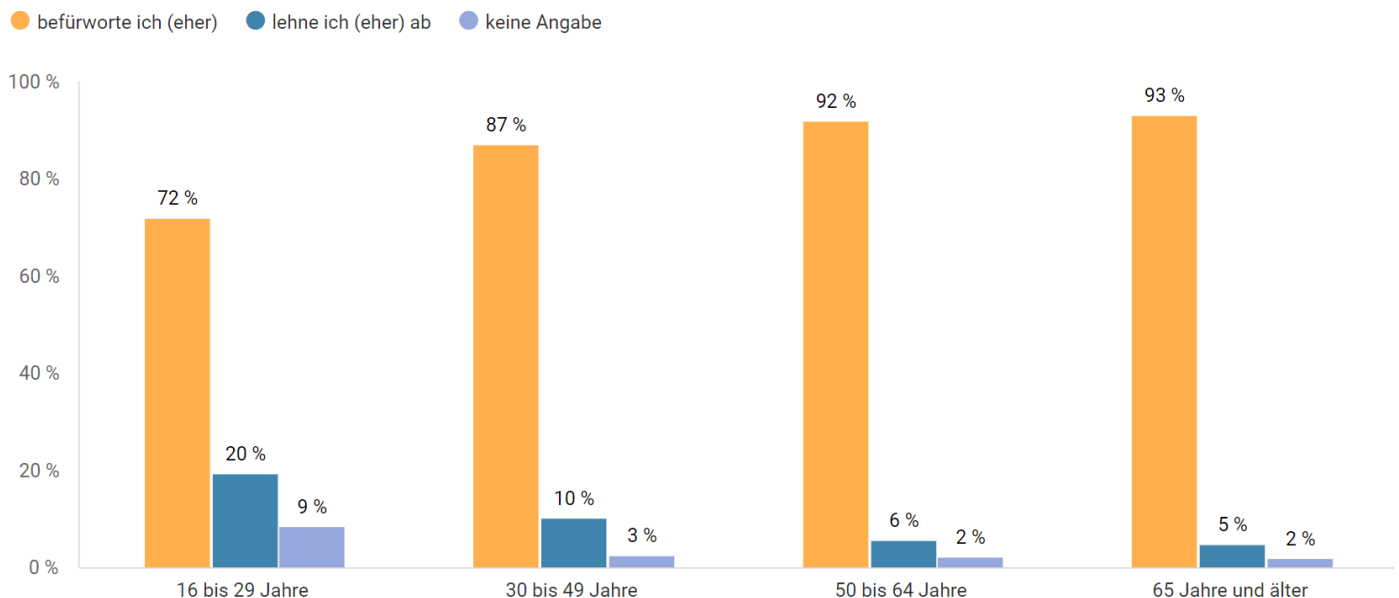
Die Diskussion um Bezahlkarten war in den vergangenen Wochen sehr präsent: Sachsen schritt voran und wollte anstatt der Auszahlung von Bargeld Bezahlkarten für Flüchtlinge einführen, mittlerweile haben sich die Länder auf der MPK mehrheitlich für diesen Vorstoß ausgesprochen. Aus der MDRfragt-Gemeinschaft gibt es dafür großen Zuspruch: 88 Prozent würden es befürworten, wenn künftig kein Bargeld mehr an Flüchtlinge ausgezahlt wird. 9 Prozent lehnen diesen Vorstoß der Bundesländer ab.

Frage: Die Bundesländer wollen künftig kein Bargeld mehr an Flüchtlinge auszahlen. Stattdessen sollen Flüchtlinge sogenannte Bezahlkarten erhalten, mit denen sie nur in bestimmten Geschäften einkaufen können. Die Begründung dafür: Es sollen Anreize wegfallen, nach Deutschland zu kommen. Kritiker – darunter auch Kommunen – bemängeln den hohen bürokratischen Aufwand. Was halten Sie davon, Flüchtlingen kein Bargeld mehr auszuzahlen und ihnen stattdessen Bezahlkarten auszuhändigen?



10

Auch bei dieser Frage gilt: Je älter die Teilnehmer, umso größer der Zuspruch zur geplanten Maßnahme:



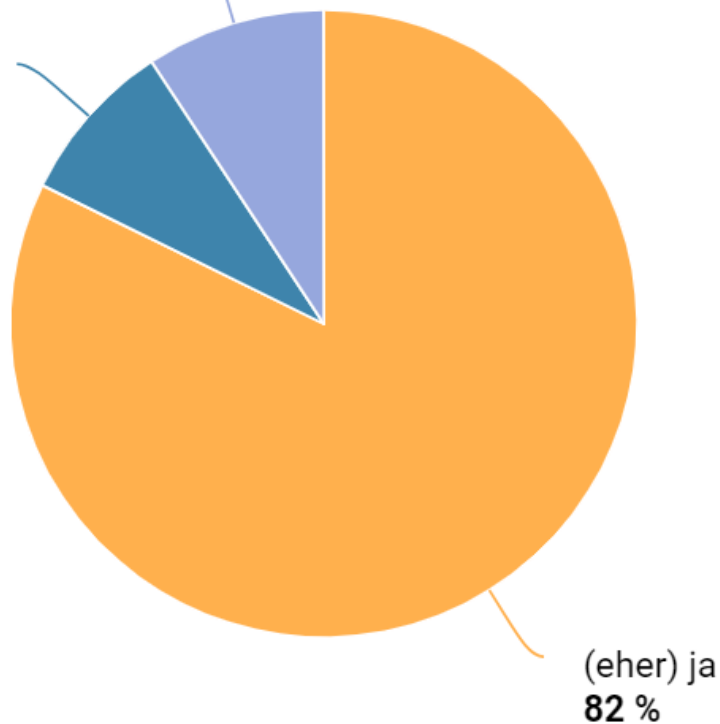
MDRfragt-Teilnehmer fordern Entlastung für Länder

Die Unterbringungskosten für Flüchtlinge sind regelmäßig Streitpunkt zwischen Bund und Ländern. Ginge es nach den MDRfragt-Teilnehmern, sollte sich der Bund nicht nur anteilig an den Kosten beteiligen, sondern komplett für die Unterbringung von Flüchtlingen aufkommen: 82 Prozent haben so geantwortet. 8 Prozent sehen hier den Bund nicht in der alleinigen Verantwortung.

Frage: Regeln für die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten werden vom Bund festgelegt. Für die Aufnahme der Flüchtlinge sind dann die Länder und die Kommunen zuständig. Regelmäßig wird dabei über die Unterbringungskosten gestritten. Der Bund übernimmt einen Teil der Kosten - in den Augen von Ländern und Kommunen jedoch nicht genug. Wie sehen Sie das: Sollte der Bund die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen komplett übernehmen, um Länder und Kommunen finanziell zu entlasten?

weiß nicht / keine Angabe
9 %

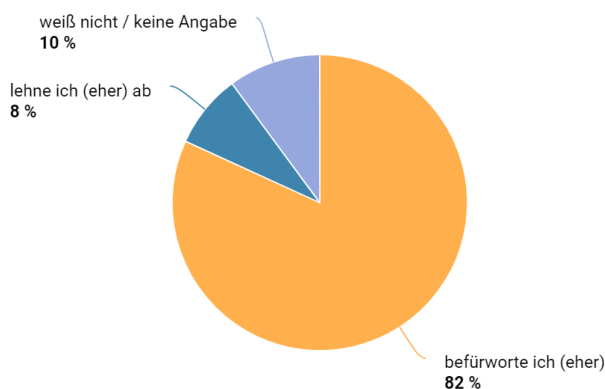
(eher) nein
8 %



4 von 5 begrüßen geplante Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten...

Die Bundesregierung plant, die sicheren Herkunftsstaaten um Moldau und Georgien zu erweitern: Asylanträge aus diesen Ländern könnten in der Folge schneller bearbeitet – und würden in der Regel abgelehnt werden. 82 % der MDRfragt-Teilnehmer begrüßen dieses Vorhaben. 8 % lehnen es ab.

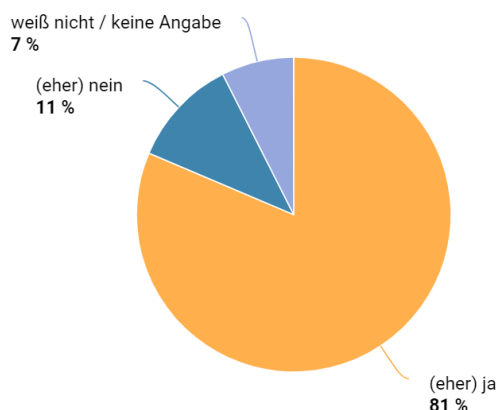
Frage: Die Bundesregierung plant, auch die Republik Moldau und Georgien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. Was halten Sie davon?



... und würden sich auch die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer wünschen

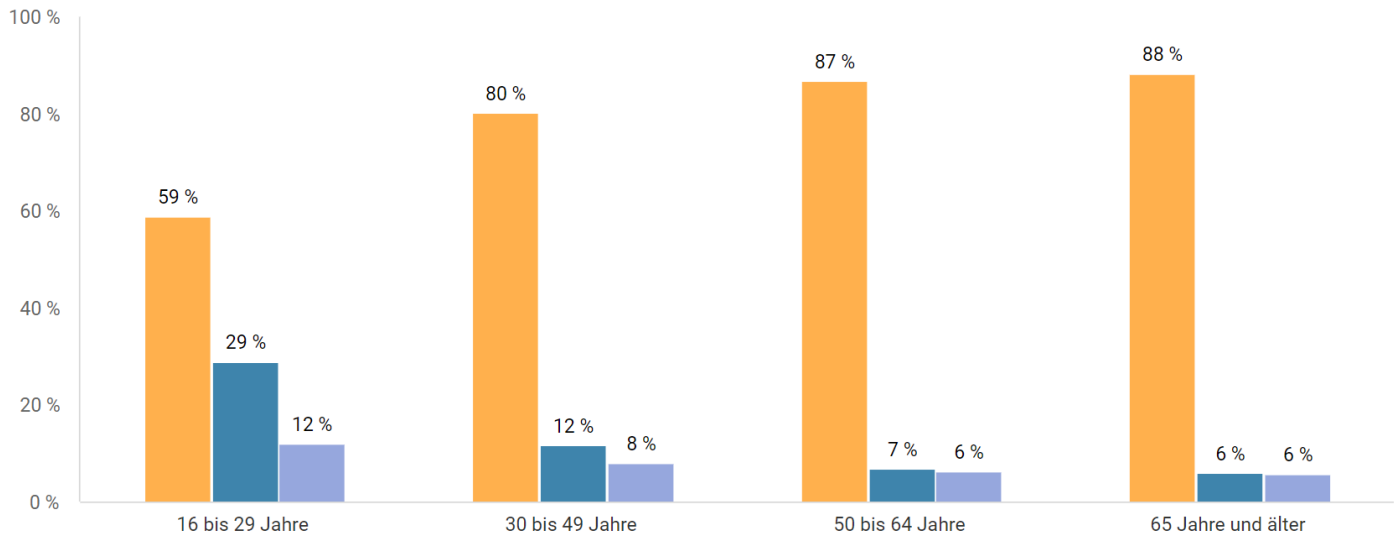
Bei den Maghreb-Staaten sind die Bedenken in der Politik derzeit noch größer – während einige auch diese Länder gerne zu sicheren Herkunftsstaaten erklären wollen, wenden andere ein, dass dort zum Beispiel Homosexualität unter Strafe gestellt ist. Von den MDRfragt-Teilnehmerinnen und – Teilnehmern würden vier von fünf (81 %) die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklären. 11 Prozent halten von dieser Idee nichts.

Frage: Diskutiert wird auch immer wieder, weitere Staaten als sichere Herkunftsstaaten zu erklären. Zu ihnen zählen derzeit alle EU-Staaten sowie Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien. Menschen aus diesen Ländern können zwar einen Asylantrag stellen, jedoch hat dieser wenig Aussicht auf Erfolg, da bei sicheren Herkunftsstaaten davon ausgegangen wird, dass keine Verfolgungsgefahr besteht. Solche Asylverfahren können beschleunigt durchgeführt werden. Seit längerem gibt es die Forderung, die Maghreb-Staaten Marokko, Algerien sowie Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten zu machen. Kritiker weisen darauf hin, dass in diesen Ländern Homosexualität verboten ist und unter Strafe steht. Befürworter betonen, dass Asylanträge aus diesen Ländern nur in den wenigsten Fällen erfolgreich sind. Wie sehen Sie das: Sollten Marokko, Algerien sowie Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden?



Je jünger die Teilnehmer, umso größer die Skepsis beim Thema „Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer“:

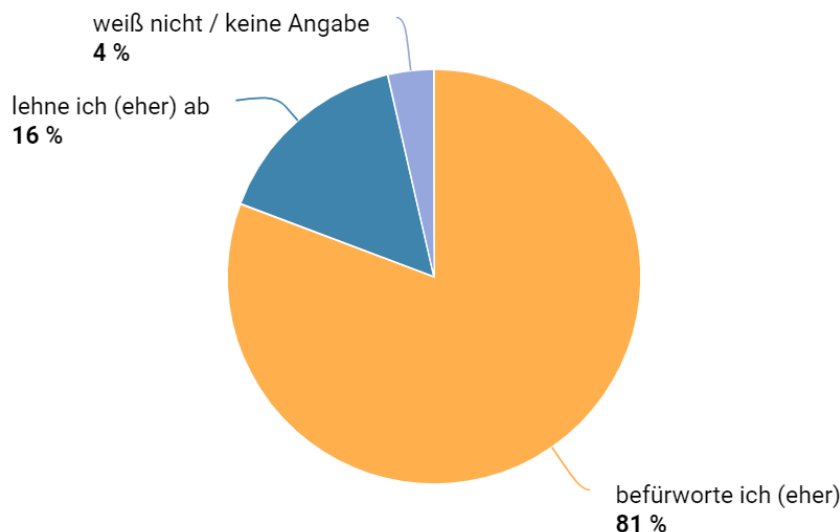
● (eher) ja ● (eher) nein ● weiß nicht / keine Angabe



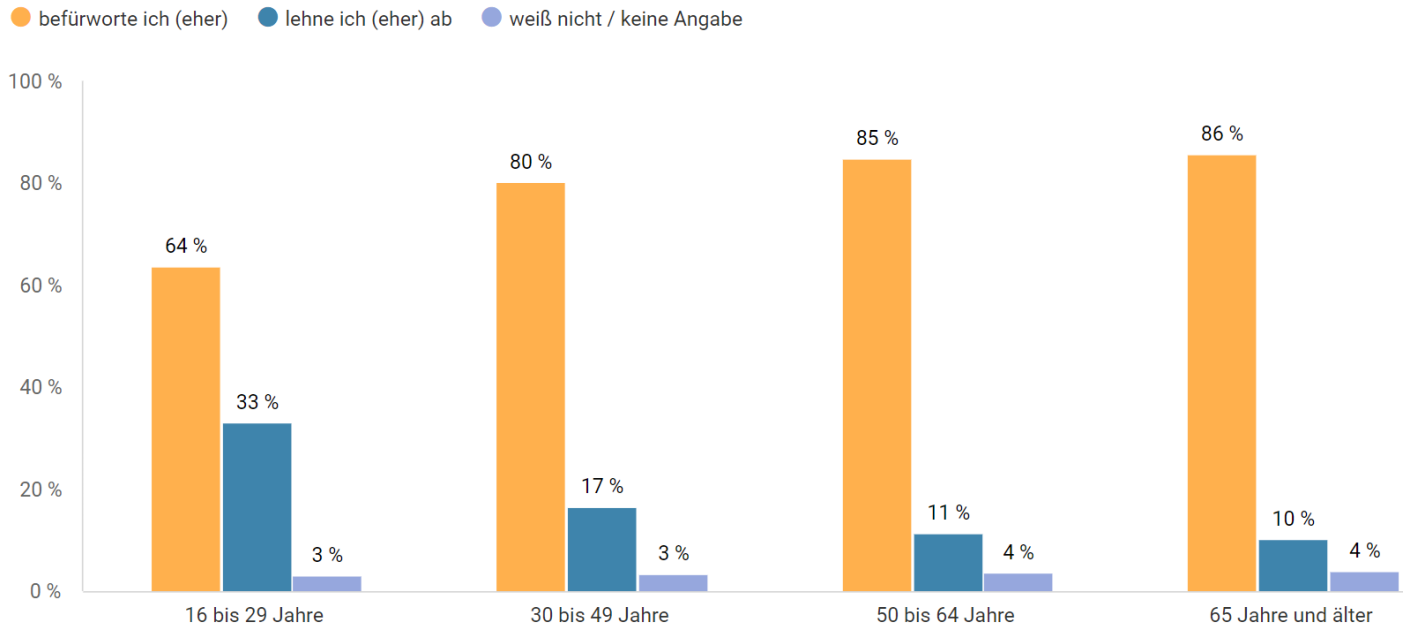
4 von 5 begrüßen stationäre Grenzkontrollen

Seit Montag führt die Bundespolizei im Grenzgebiet zu Polen und Tschechien stationäre Grenzkontrollen durch – zu dieser Zeit lief unsere Befragung noch. Doch die Meinung der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer fällt eindeutig aus: 81 Prozent begrüßen die Kontrollen, 16 Prozent lehnen sie ab.

Frage: Bundesinnenministerin Nancy Faeser möchte an der Grenze zu Polen und Tschechien stationäre Grenzkontrollen einführen. Befürworter sagen, so könnten Schleusungen nach Deutschland erschwert und Schleuser geschnappt werden. Polizeigewerkschafter monieren, Schleuser könnten solche festen Kontrollpunkte leicht umgehen. Gleichzeitig fürchten u.a. Wirtschaftsvertreter, dass Grenzkontrollen zu Staus und wirtschaftlichen Einbußen führen könnten. Wie denken Sie über stationäre Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen und Tschechien?



Auch bei dieser Maßnahme sind die unter 30-Jährigen deutlich skeptischer als die über 65-Jährigen:



Mehr Schutz der EU-Außengrenze von fast allen gefordert

So gut wie alle MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer sind der Ansicht, dass die EU ihre Außengrenzen stärker schützen sollte: 92 Prozent haben so geantwortet, nur 6 Prozent halten das nicht für notwendig bzw. für den richtigen Weg.

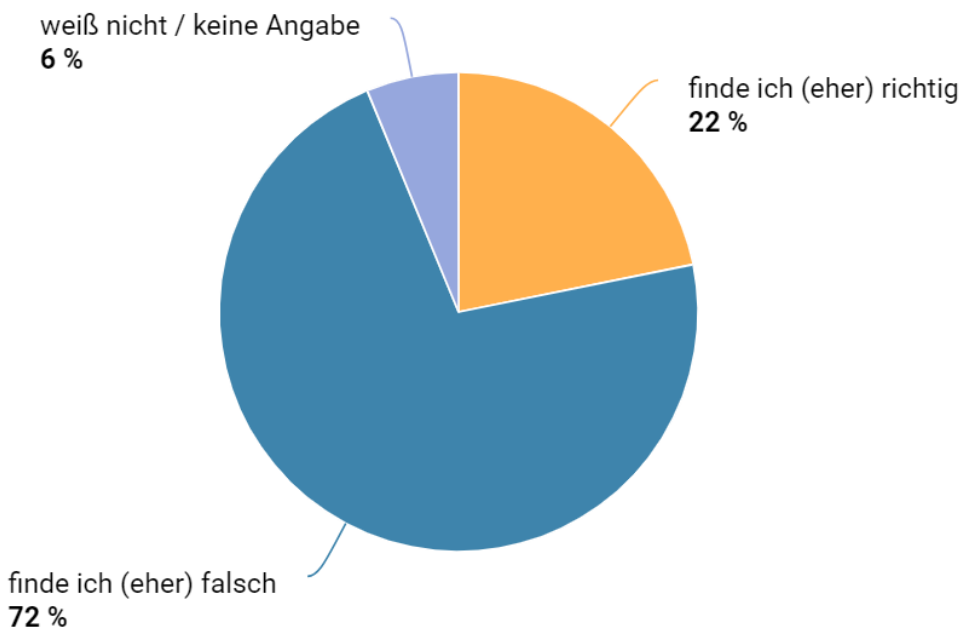
Frage: Sollte die Europäische Union ihre Außengrenze stärker schützen?



Drei Viertel: Keine Steuergelder für NGOs, die Flüchtlinge retten

Die Bundesregierung zahlt Finanzhilfen an Nichtregierungsorganisationen, die in Not geratene Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retten und an Land bringen. Knapp drei Viertel der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer sind dagegen, dass diese Organisationen Steuergelder erhalten. 22 Prozent finden die finanzielle Unterstützung richtig.

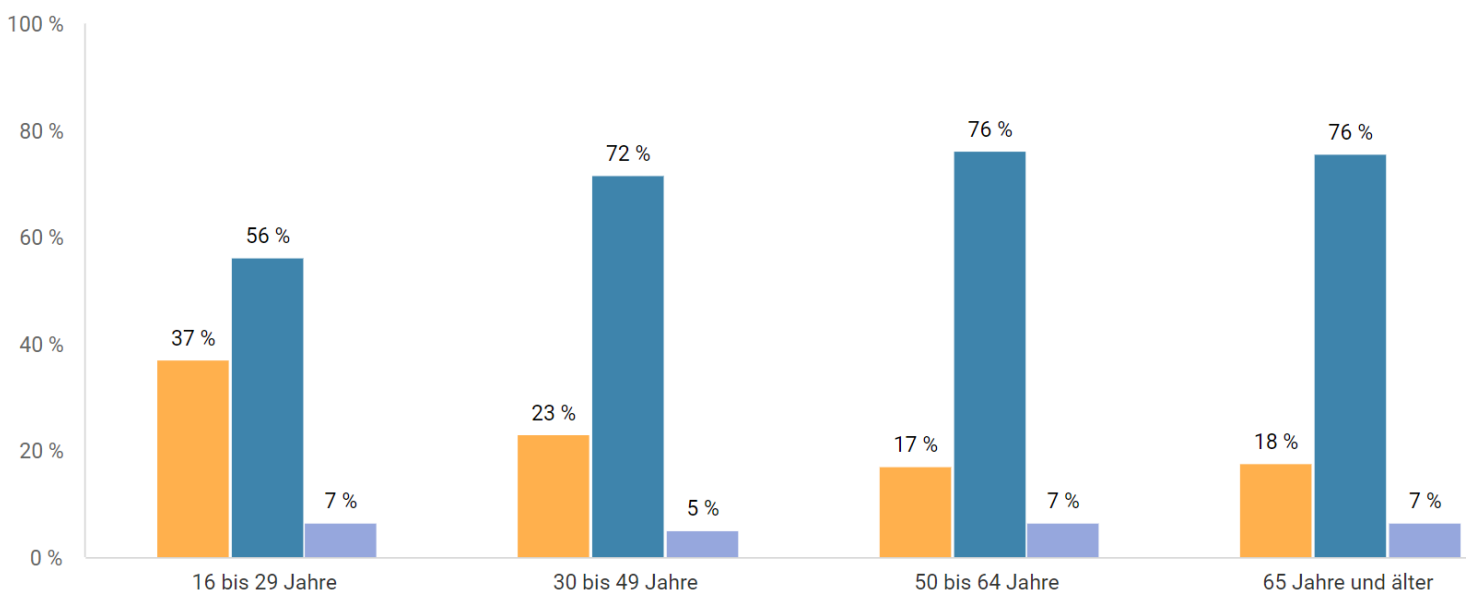
Frage: Und was halten Sie von deutschen Finanzhilfen für Nichtregierungsorganisationen, die in Not geratene Flüchtlinge aus dem Mittelmeer retten und an Land bringen?



15

Erneut weicht die Meinung der Jüngeren deutlich von den älteren Altersgruppen ab:

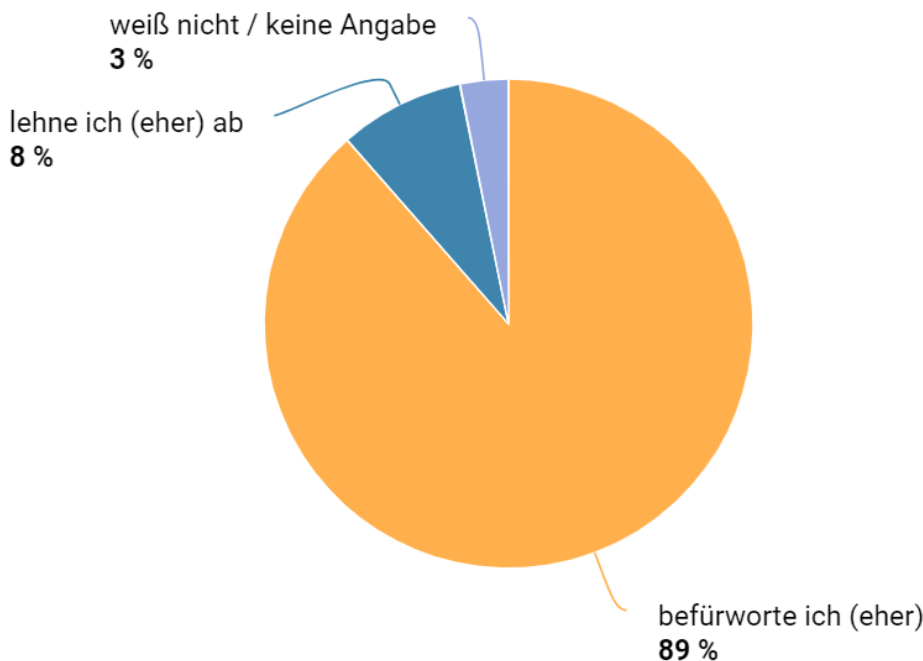
● finde ich (eher) richtig
 ● finde ich (eher) falsch
 ● weiß nicht / keine Angabe



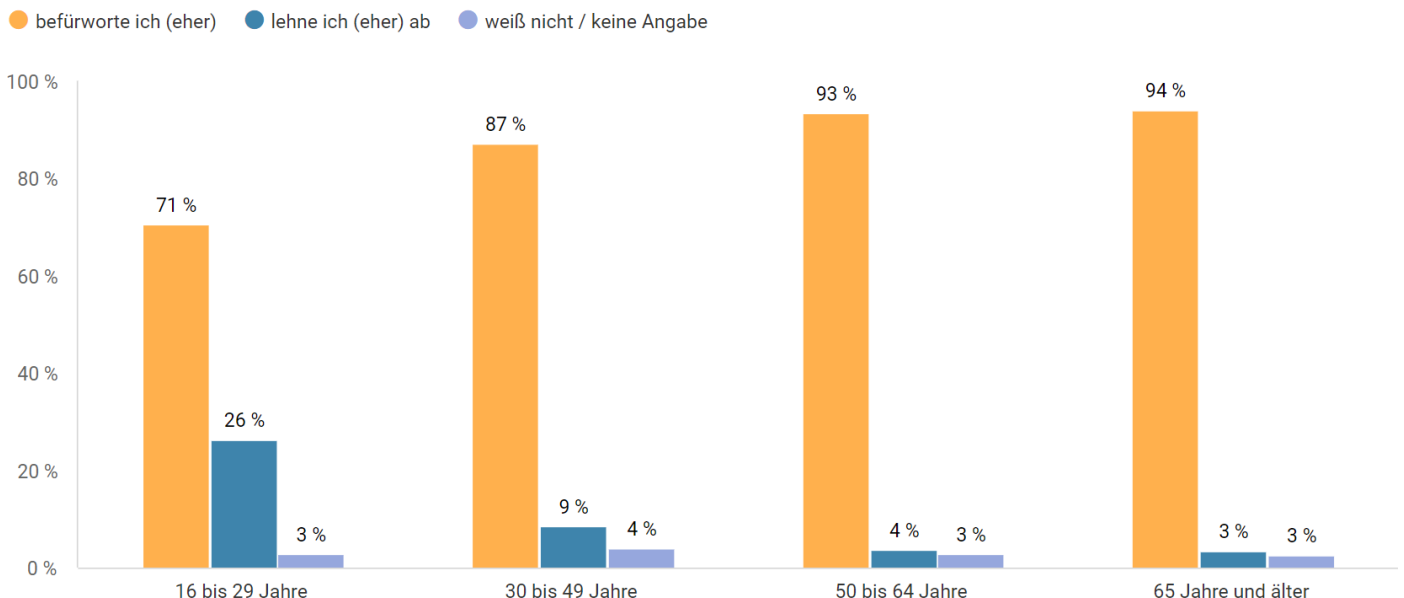
9 von 10 fordern Verschärfung der Abschieberegulungen

Schnellere Abschiebungen sind Ziel der Bundesregierung – Uneinigkeit herrscht jedoch regelmäßig darüber, ob dafür die Abschieberegulungen verschärft, oder die vorhandenen Regelungen lediglich konsequenter angewandt werden müssen. In den Augen der MDRfragt-Teilnehmer sind strengere Regeln der richtige Weg: 89 Prozent wünschen sich eine Verschärfung, 8 Prozent lehnen diese (eher) ab.

Frage: Und ganz allgemein: Was halten Sie von einer Verschärfung der Abschieberegulungen?



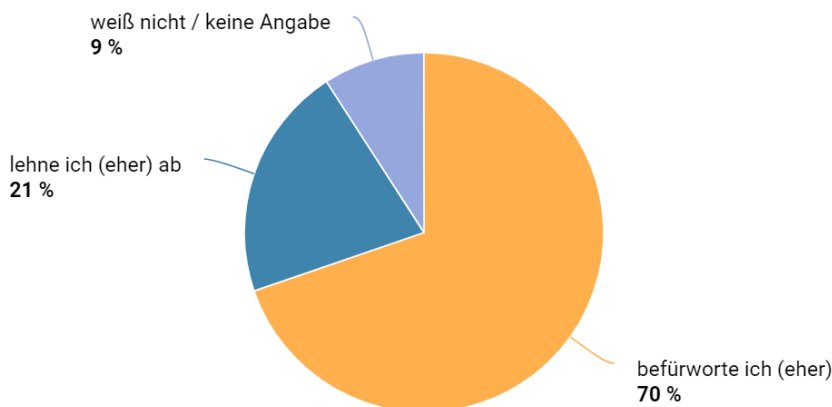
Die jüngeren Teilnehmer sind beim Thema Abschiebung deutlich zurückhaltender (das gilt auch für die nachfolgenden Fragen):



70 Prozent begrüßen Verlängerung des Ausreisegewahrsams

Ein Aspekt, wie die Bundesregierung Abschiebungen künftig erleichtern möchte, ist die Verlängerung des sogenannten Ausreisegewahrsams von 10 auf maximal 28 Tage. Die MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer begrüßen dieses Vorhaben mehrheitlich: 70 Prozent sprechen sich dafür aus, rund jeder Fünfte (21 %) lehnt die Pläne als unverhältnismäßig ab.

Frage: Um Abschiebungen zu erleichtern, soll der sogenannte "Ausreisegewahrsam" künftig von 10 auf 28 Tage verlängert werden. Damit sollen die Behörden mehr Zeit bekommen, um die Abschiebung durchzuführen. Der Ausreisegewahrsam soll verhindern, dass sich jemand einer bevorstehenden Abschiebung entzieht. Kritiker halten einen so langen Gewahrsam aus humanitärer Sicht für schwierig. Was halten Sie von einer Verlängerung des Ausreisegewahrsams auf maximal 28 Tage?

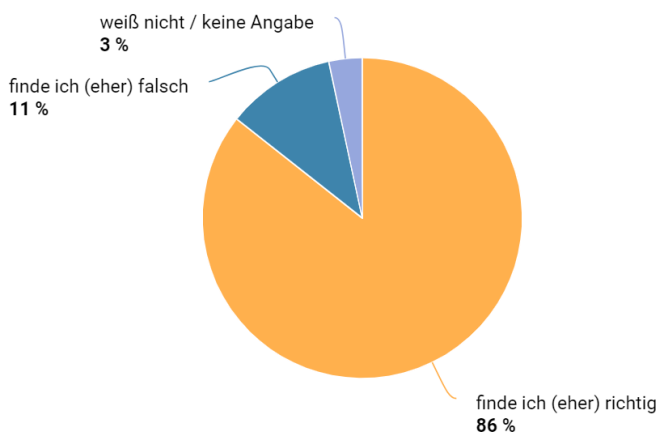


17

Abschiebungen künftig nicht mehr angekündigt: Von 86 Prozent gibt's Zuspruch

Eine weitere Neuregelung betrifft die Ankündigung von Abschiebungen: Während Menschen, die von Ausreisepflicht betroffen sind, bislang über eine drohende Abschiebung im Vorfeld informiert wurden, soll dies in Zukunft in den meisten Fällen nicht mehr passieren. 86 % der MDRfragt-Teilnehmerinnen und –Teilnehmer finden diesen Beschluss richtig, 11 % lehnen die Neuregelung ab.

Frage: Wer ausreisepflichtig ist, soll künftig in der Regel nicht mehr vorab informiert werden, dass seine Abschiebung ansteht. Bei Familien mit Kindern bleibt eine Ausnahme bestehen. Was halten Sie davon, dass Abschiebungen in vielen Fällen künftig nicht mehr angekündigt werden sollen?



Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 14.-17.10.2023 stand unter der Überschrift:

"Migration in Deutschland – wie weiter?"

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.599 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 17.10.2023, 18 Uhr).

29.945 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	329 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	4.251 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	12.686 Teilnehmende
65+:	12.679 Teilnehmende

Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	15.526 (52 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	7.103 (24 Prozent)
Thüringen:	7.316 (24 Prozent)

18

Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	13.157 (44 Prozent)
Männlich:	16.711 (56 Prozent)
Divers:	77 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.